

Preussische Gesetzsammlung

1933

Ausgegeben zu Berlin, den 10. Januar 1933

Nr. 1

| Tag | Inhalt: | Seite |
|-------------|---|-------|
| 30. 12. 32. | Verordnung zur Durchführung der Verordnung über die Neugliederung von Landkreisen bei den Landwirtschaftskammern | 1 |
| 29. 12. 32. | Verordnung über das Kostenwesen im Verfahren über den Antrag auf Aufhebung der Sinausschließung der Fälligkeit von Hypotheken und Grundschulden | 2 |
| | Hinweis auf nicht in der Gesetzsammlung veröffentlichte Polizeiverordnungen Preussischer Minister | 3 |
| | Bekanntmachung der nach dem Gesetze vom 10. April 1872 durch die Regierungsamtsblätter veröffentlichten Erlasse, Urkunden usw. | 3 |

(Nr. 13821.) Verordnung zur Durchführung der Verordnung über die Neugliederung von Landkreisen bei den Landwirtschaftskammern. Vom 30. Dezember 1932.

Auf Grund der Verordnungen des Reichspräsidenten vom 24. August 1931 (Reichsgesetzbl. I S. 453) und vom 6. Oktober 1931, Dritter Teil Kapitel III § 2 (Reichsgesetzbl. I S. 537) wird zur Durchführung der Verordnung über die Neugliederung von Landkreisen vom 1. August 1932 (Gesetzsamml. S. 255) in der Fassung der Verordnung vom 27. September 1932 (Gesetzsamml. S. 315) bei den Landwirtschaftskammern folgendes verordnet:

§ 1.

(1) Soweit sich durch die Neugliederung von Landkreisen die Bezirke von Landwirtschaftskammern ändern, findet zwischen den beteiligten Landwirtschaftskammern eine Ausein-
setzung statt.

(2) Gegenstand der Auseinsetzung sind das Beitragsaufkommen aus den umgegliederten Gebieten für das Rechnungsjahr 1932 sowie die Übertragung von Vermögen und Schulden der Landwirtschaftskammer, aus deren Bezirke Gebietsteile ausgegliedert wurden, auf die Landwirt-
schaftskammer, in deren Bezirk Gebietsteile eingegliedert worden sind, soweit

- a) das Vermögen in Einrichtungen und Anstalten in den umgegliederten Gebietsteilen besteht,
- b) die Schulden nach dem 20. November 1923 unter Belastung des außerordentlichen Haus-
haltsplans aufgenommen und für die übergehenden Einrichtungen und Anstalten nach-
weislich verwendet worden sind. Die Übertragung von Schulden kommt nur insoweit in
Betracht, als die Schulden im Rahmen einer ordnungsmäßigen Haushaltsführung nicht
hätten getilgt oder abgeschrieben sein müssen.

(3) Über die Auseinsetzung beschließt, falls eine Einigung zwischen den beteiligten
Landwirtschaftskammern nicht zustande kommt, ein Schiedsgericht, das aus einem vom Minister
für Landwirtschaft, Domänen und Forsten zu ernennenden Vorsitzenden und je einem von den
Vorständen der beteiligten Landwirtschaftskammern zu bestellenden Beisitzer besteht.

(4) Die von dem Schiedsgerichte getroffenen Festsetzungen sind für die beteiligten Landwirt-
schaftskammern bindend.

(5) Die aus Anlaß einer Bezirksänderung zwischen Landwirtschaftskammern vorgenommenen
Rechtsgeschäfte sind frei von Gerichtsgebühren und Stempelsteuern.

§ 2.

(1) Mitglieder einer Landwirtschaftskammer, die in den umgegliederten Gebieten wohnen,
treten für die Dauer der gegenwärtigen Wahlzeit zu derjenigen Kammer über, in deren Bezirk
das Wohngebiet übergegangen ist.

(Vierzehnter Tag nach Ablauf des Ausgabetags: 24. Januar 1933.)
Gesetzsammlung 1933. (Nr. 13821—13822.)

(2) Im übrigen beschließt die Landwirtschaftskammer über die durch die Umgliederung notwendig werdenden Satzungsänderungen.

§ 3.

(1) Landwirtschaftskammerbeamte, die am 30. September 1932 bei Einrichtungen oder Anstalten beschäftigt waren, die in umgegliederten Gebieten liegen, treten zu der Kammer über, in deren Bezirke sich die Einrichtungen oder Anstalten befinden.

(2) Für die bis zum 30. September 1932 erwachsenen Ruhegehalts- und Hinterbliebenenversorgungsansprüche der im Abs. 1 bezeichneten Beamten haftet die Landwirtschaftskammer, der die Beamten bisher angehört haben. Die Haftung tritt nicht ein, soweit der Landwirtschaftskammer, zu der die Beamten übergetreten sind, die aus der Zeit bis zum 30. September 1932 sich ergebenden Versorgungsbezüge von einer Ruhegehalts- oder Hinterbliebenenversorgungskasse erstattet werden.

(3) Ruhegehaltsberechtigte Beamte, die nach Abs. 1 zu einer anderen Landwirtschaftskammer übertreten, können auf ihren Antrag, wenn sie bis zum Inkrafttreten dieser Verordnung das 58. Lebensjahr vollendet und eine ruhegehaltsfähige Dienstzeit von mindestens 10 Jahren zurückgelegt haben, von der Landwirtschaftskammer, der sie bis zum 30. September 1932 angehört haben, unter Bewilligung des gesetzlichen Ruhegehalts in den Ruhestand versetzt werden. Der Antrag ist binnen drei Monaten nach dem Inkrafttreten dieser Verordnung zu stellen.

§ 4.

Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten erläßt die zur Durchführung dieser Verordnung erforderlichen Bestimmungen.

§ 5.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 30. Dezember 1932.

(Siegel.)

Das Preußische Staatsministerium.

Der Ministerpräsident.

Der Kommissar des Reichs.

Bracht
Reichsminister.

Der Minister für Landwirtschaft,
Domänen und Forsten.

Der Kommissar des Reichs.
Freiherr von Braun
Reichsminister.

(Nr. 13822.) Verordnung über das Kostenwesen im Verfahren über den Antrag auf Aufhebung der Sinausschiebung der Fälligkeit von Hypotheken und Grundschulden. Vom 29. Dezember 1932.

Auf Grund des § 11 der Verordnung des Reichspräsidenten über die Fälligkeit von Hypotheken und Grundschulden vom 11. November 1932 (Reichsgesetzbl. I S. 525) wird folgendes verordnet:

§ 1.

Auf das Verfahren über den Antrag auf Aufhebung der Sinausschiebung der Fälligkeit (§ 2 der Verordnung vom 11. November 1932) finden die Vorschriften der Zweiten Verordnung über das Kostenwesen bei den Aufwertungsstellen vom 29. August 1930 (Gesetzsamml. S. 245) mit folgenden Maßgaben sinngemäß Anwendung:

1. Der Wert des Streitgegenstandes (§ 2 Satz 2 der Verordnung vom 29. August 1930) ist mindestens auf ein Zwanzigstel des Betrags der Forderung oder des dinglichen Rechtes festzusetzen, wegen deren der Antrag gestellt ist;
2. Schuldner der Gebühren und Auslagen ist der Antragsteller, soweit nicht die Kosten dem Schuldner oder dem Grundstückseigentümer auferlegt sind.

§ 2.

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 12. November 1932 in Kraft.

Berlin, den 29. Dezember 1932.

Der Preußische Justizminister.

Der Kommissar des Reichs.

H ö l s c h e r.

Hinweis

auf nicht in der Gesetzammlung veröffentlichte Polizeiverordnungen Preussischer Minister

(§ 35 des Polizeiverwaltungsgesetzes vom 1. Juni 1931 (Gesetzamml. S. 77 —).

In den Amtsblättern der Regierungen Stade (Nr. 37 S. 155), Schleswig (Nr. 38 S. 391) und Lüneburg (Nr. 39 S. 191) ist eine Polizeiverordnung des Ministers für Handel und Gewerbe, des Ministers des Innern und des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten sowie des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg vom 8. September 1932, betreffend Abänderung der Hafenordnung für den Hafen Hamburg vom 14. März 1930, verkündet worden.

Berlin, den 30. Dezember 1932.

Preussisches Ministerium für Wirtschaft und Arbeit.

Der Kommissar des Reichs.

Bekanntmachung.

Nach Vorschrift des Gesetzes vom 10. April 1872 (Gesetzamml. S. 357) sind bekanntgemacht:

1. der Erlaß des Preussischen Staatsministeriums vom 5. November 1932
über die Genehmigung eines Nachtrags zur Satzung der Neuen Pommerschen Landschaft
für den Kleingrundbesitz
durch das Amtsblatt der Regierung in Stettin Nr. 48 S. 309, ausgegeben am 26. November 1932;
2. der Erlaß des Preussischen Staatsministeriums vom 8. November 1932
über die Verleihung des Enteignungsrechts an die Stadtgemeinde Halberstadt für die
Erweiterung des städtischen Friedhofs
durch das Amtsblatt der Regierung in Magdeburg Nr. 52 S. 329, ausgegeben am 24. Dezember 1932;
3. der Erlaß des Preussischen Staatsministeriums vom 10. November 1932
über die Genehmigung eines Nachtrags zur Landschaftsordnung der Pommerschen
Landschaft
durch das Amtsblatt der Regierung in Stettin Nr. 49 S. 314, ausgegeben am 3. Dezember 1932;

4. der Erlaß des Preussischen Staatsministeriums vom 22. November 1932
über die Genehmigung einer Änderung der Landschaftsordnung der Pommerschen
Landschaft
durch das Amtsblatt der Regierung in Stettin Nr. 50 S. 322, ausgegeben am 10. Dezember 1932;
5. der Erlaß des Preussischen Staatsministeriums vom 22. November 1932
über die Genehmigung einer Änderung der Satzung der Neuen Pommerschen Landschaft
für den Kleingrundbesitz
durch das Amtsblatt der Regierung in Stettin Nr. 49 S. 320, ausgegeben am 3. Dezember 1932;
6. der Erlaß des Preussischen Staatsministeriums vom 12. Dezember 1932
über die Genehmigung eines Nachtrags zur Satzung der Schlesischen Landschaft
durch das Amtsblatt der Regierung in Breslau Nr. 53 S. 344, ausgegeben am 31. Dezember 1932;
7. der Erlaß des Preussischen Staatsministeriums vom 12. Dezember 1932
über die Verlängerung der Wirksamkeit des Beschlusses des 28. Generallandtags der
Schlesischen Landschaft über die Ermächtigung der Schlesischen Generallandschaftsdirektion,
mit Zustimmung des Engeren Ausschusses Satzungsanträge für die Schlesische Landschaft
und die Schlesische Landschaftliche Bank zu beschließen,
durch das Amtsblatt der Regierung in Breslau Nr. 53 S. 344, ausgegeben am 31. Dezember 1932.

Für den **Jahrgang 1932** gibt der Verlag wieder die amtlich genehmigte

Einbandbede zur Preussischen Gesetzsammlung

heraus.

Preis 1,35 RM zuzüglich Verpackungs- und Verbandspefen.

Bestellungen nimmt der Verlag entgegen. Die Auslieferung wird im Laufe des Monats Januar 1933 erfolgen.

Von den **Jahrgängen 1920—1931** sind noch in die amtliche Einbandbede **gebundene** Stücke vorrätig.

Bezug nur direkt vom Verlag.

Herausgegeben vom Preussischen Staatsministerium. — Druck: Preussische Druckeret- und
Verlags-Aktiengesellschaft Berlin.

Verlag: R. von Decker's Verlag, G. Schend, Berlin W. 9, Linkstraße 35. (Postcheckkonto Berlin 9059.)

Den laufenden Bezug der Preussischen Gesetzsammlung vermitteln nur die Postankalten (Bezugspreis 1,— RM, vierteljährlich);
einzelne Nummern und Jahrgänge (auch ältere) können unmittelbar vom Verlag und durch den Buchhandel bezogen werden.
Preis für den achteitigen Bogen oder den Bogenteil 20 Pf., bei größeren Bestellungen 10—40 v. H. Preisermäßigung.